

Sitzungsvorlage	Vorlage- Nr: VO/2014/1090-R1	
Federführend: Referat 1	Status: öffentlich	
Beteiligt:	Aktenzeichen: Datum: 17.09.2014 Referent: Christian Hinterstein	
Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Durchführung der Konversionsmaßnahme in Bamberg zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und der Stadt Bamberg		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
30.09.2014	Konversionssenat	Entscheidung

I. Sitzungsvortrag:

Die bereits seit längerem angekündigte Rahmenvereinbarung über den Abschluss einer Konversionspartnerschaft zwischen der BImA und der Stadt Bamberg konnte nunmehr zwischen den Partnern endgültig abgestimmt werden.

Die vorgesehene Rahmenvereinbarung liegt diesem Sitzungsvortrag als Anlage bei.

Die Vereinbarung selbst begründet dabei keine Rechte und Pflichten im vertragsrechtlichen Sinn, sondern ist Ausdruck des Willens sowohl der BImA, als auch der Stadt Bamberg, den Konversionsprozess positiv zu begleiten, zu gestalten und zu fördern. Seitens der BImA wurden in der Vergangenheit vergleichbare Vereinbarungen mit den meisten Konversionskommunen getroffen. Formal handelt es sich um eine Absichtserklärung, die Konversion der Liegenschaften, bestehend aus den Bereichen Kasernenbereich einschließlich Golfplatz, Schießplatz und MUNA positiv umsetzen zu wollen. Über den Bereich des Sonderlandeplatzes Bamberg-Breitenau werden bereits seit längerer Zeit direkte Verhandlungen zwischen BImA und Stadt geführt, so dass diese Fläche nicht vereinbarungsgegenständig ist.

Die Vereinbarung ist die Bekräftigung und Verstetigung des bereits seit längerer Zeit in den Gesprächen zwischen BImA und Verwaltung gepflegten Dialoges. Dabei werden keine neuen Ansätze definiert, sondern der bereits beschrittene Weg nochmals bestätigt und bekräftigt. Gleichwohl wird der Abschluss einer solchen Vereinbarung als wichtiger Meilenstein im Dialog orientierten Konversionsprozess gewertet. Die Vereinbarung soll die wesentlichen Gesprächsgrundlagen und Ziele beider Seiten formulieren und bestätigen. Seitens der Verwaltung wird daher um Zustimmung zum Abschluss der Rahmenvereinbarung gebeten.

II. Beschlussvorschlag:

1. Der Konversionssenat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Der Konversionssenat stimmt dem Abschluss der Rahmenvereinbarung zu.

III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

X	1.	keine Kosten
	2.	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	3.	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	4.	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

Anlage:

- Rahmenvereinbarung